Zeitschrift: Neue Schweizer Rundschau
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 7 (1939-1940)
Heft: 5

Artikel: August 1939
Autor: Salis, J.R. von
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-759112

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

August 1939

Von J. R. von Salis.

Krieg und Frieden

Es wird den kommenden Generationen schwer fallen, sich jene Atmosphäre der Spannung, der Sorge, der Ungewissheit und den namenlosen Zustand zwischen Frieden und Krieg vorzustellen, die bereits seit langer Zeit unser Los und das schwer lastende Kreuz einer unruhvollen Menschheit sind. Ja, wer weiss, vielleicht vergessen wir selbst über kurz oder lang die Erregungen, Wünsche, Aengste, Erschütterungen, mit denen unser Geist und unser Gemüt an den politischen Ereignissen dieser kritischen Jahre teilnahmen — so schnellebig ist unser Jahrhundert. Was heute das völlig Unbekannte ist, das Rätsel, von dessen Lösung das Schicksal von grossen Provinzen, von ganzen Nationen, von Millionen junger Menschenleben abhängt, das ist morgen schon in aller Mund als nüchterne Tatsache, mit der sich die meisten Menschen abfinden, kaum haben sie sie von der knisternden Stimme des Radioapparates oder aus der Zeitung vernommen. Es wird bald unser Gedächtnis Mühe kosten, der Reihe nach aufzuzählen, was einst tage- und monatelang Gegenstand leidenschaftlicher Gespräche und tiefer Sorgen war: Italiens Krieg gegen Abessinien, die Remilitarisierung des Rheinlandes durch Hitler, der Beginn des spanischen Bürgerkrieges, das Eingreifen Japans in China, der Ausschluss Oesterreichs, der deutsch-tschechische Konflikt und die Konferenz von München, die Besetzung Böhmens und Mährens durch deutsche Truppen, die Danziger Frage und der Beginn der deutsch-polnischen Spannung, der Sieg Francos in Spanien, die Zuspitzung des polnischen Konfliktes und der Abschluss des deutsch-sovietrussischen Paktes...

Während wir schreiben, befindet sich Europa in der akutesten politischen Krise, die es seit einem Vierteljahrhundert durchgemacht hat. Der August 1939 wird sich rühmen können, gegenüber dem September 1938 eine Steigerung bedeutet zu haben. Eine Steigerung, von der die Zeitungen zur Stunde nicht

wissen, ob sie das Furioso des seit langem vorausgesagten Krieges einleitet, oder ob sie in einem diplomatischen Moderato ausklingen wird. Der Leser, dem in einigen Tagen diese Zeilen unter die Augen kommen werden, kann vermutlich eine präzise Antwort auf diese Frage geben. Aber wie dieses ungeheuerliche Spiel auch ausgehen möge — ein Innehalten auf der Schwelle des Unbekannten erlaubt dem Autor und seinem Leser, unbeeinflusst vom letzten Akt und seinen „Lösungen" noch einmal die Gegebenheiten des Dramas zu überdenken. Diese Gegebenheiten werden ja, unbeschadet der blutigen oder unblutigen Lösungsversuche, weiterwirken und die politische Zukunft Europas beherrschen. Genau so, wie der Weltkrieg der Jahre 1914—1918 ganz und gar seinen Antezedenzien der Jahre 1904—1914 entsprach; genau so, wie die Friedensverträge des Jahres 1919 der getreue Ausdruck von Tatsachen und Gegebenheiten waren, die der Weltkrieg herbeigeführt hatte; genau so, wie die Nachkriegszeit von der durch die Verträge geschaffenen Situation beherrscht war — genau so werden der Krieg von morgen oder der Frieden von morgen von den bisherigen Problemen und Sachverhalten erfüllt sein. Gerade jetzt wieder bewahrheitet sich der berühmte Lehrsatz von Clausewitz: „Der Krieg ist eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln". Die Politik von morgen wird in der Tat die Fortsetzung der Politik von gestern sein, unbeschadet der Mittel — der diplomatischen oder der kriegerischen —, welche die drei oder vier Regierungschefs, auf die es heute ankommt, anzuwenden gedenken.

Diese Feststellung scheint mir schon aus dem Grunde wichtig, weil offenbar in der ganzen Welt ein Teil der öffentlichen Meinung geneigt ist, den Krieg für ein Mittel zu halten, mit dem einem bösen Spuk ein rasches und gründliches Ende bereitet werden könne — worauf dann die Völker wieder frei, die Menschen vernünftig und der Frieden dauerhaft sein würden. Nicht selten wird auch der Spruch in die Debatte geworfen, ein Ende mit Schrecken sei einem Schrecken ohne Ende vorzuziehen. Aber seit wann ist ein Krieg etwas anderes als der Beginn (nicht das Ende!) endloser Schrecken? Wie war es mit dem „Ende mit Schrecken" vom August 1914? Ist es denn nicht so, dass wir gerade seither, seit jenem ver-

hängnisvollen Hineintappen in einen vermeidbaren, unnötigen Weltkrieg nicht mehr aus den Schrecknissen herauskommen, die er heraufbeschwor? Die Leute, die sich über den Bolschewismus, den Fascismus, den Nationalsozialismus, über die Verarmung, Verrohung, Versklavung der halben Menschheit beklagen — diese Leute müssen wissen, dass alle diese Erscheinungen Folgen des Krieges von 1914 sind. Dass man sie durch einen neuen Krieg beseitigen zu können glaubt, ist ungefähr so, wie wenn man einem Schwerkranken zur Heilung eine besonders anstrengende Bergtour vorschreiben würde. Was an Kultur, Wohlstand, Freiheit, Menschenwürde heute noch in der Welt übriggeblieben ist (und es ist mehr, viel mehr als die Pessimisten glauben), würde durch einen totalen Krieg in relativ kurzer Zeit weggefegt. Kein einziger Staat käme in Kriegszeiten um die bittere Notwendigkeit herum, am Nationalvermögen zu zehren, die Wohlfahrtseinrichtungen zu schmälern, die kulturellen Dinge zu vernachlässigen, die bürgerlichen Freiheiten zu beschränken, mit Zwangsmassnahmen zu regieren. Westeuropa wäre vielleicht das Los beschieden, das der vorige Weltkrieg Ost- und Mitteleuropa bereitet hat.

Man sieht: diese Worte haben Geltung, mögen sich die Grossmächte inzwischen für eine kriegerische oder für eine diplomatische Beilegung des gegenwärtigen Konfliktes entschieden haben. Stehen wir in einigen Tagen inmitten eines von Geschossen und Bomben umgepflügten Europa — dann werden wir uns der Folgen eines solchen Ereignisses klar und gefasst bewusst sein und auch als neutrales Land all die Einschränkungen und Opfer auf uns nehmen, zu denen fremdes Geschehen und fremder Wille uns zwingen. Stehen wir aber vor einer jener Kompromisslösungen, an denen Drohung und Furcht einen nicht unerheblichen Anteil gehabt haben mochten — dann werden wir uns vor der Versuchung hüten, einen solchen Ausgang der Krise zu bedauern oder zu beklagen. Denn seine Folgen werden vermutlich weniger furchtbar sein als es die Folgen eines Weltkrieges wären.

England und die Krise Osteuropas.

Welches sind nun die Gegebenheiten der jetzigen Krise? Warum wird man kämpfen — oder nicht kämpfen? Polen, das

im Mittelpunkt der internationalen Spannung steht, ist die letzte Säule eines Staatensystems, das von den siegreichen Alliierten im Jahr 1919 errichtet worden war. Wenn England und Frankreich sich zur Verteidigung Polens bis zum äussersten bereit finden, dann geschieht es nicht aus Liebe zur Demokratie (denn Polen ist keine Demokratie), noch zur Wahrung des Selbstbestimmungsrechts der Völker (denn Danzig will zu Deutschland und in Polen gibt es zahlreiche, deutsche und ukrainische Minderheiten), noch weil Polen zu den Verteidigern des status quo gehört (es beteiligte sich an der Teilung der Tschechoslovakei und bekannte sich zu der Theorie des Lebensraumes); sondern es geschieht, damit nicht der letzte unter den bedeutenderen und verteidigungsfähigen Oststaaten in die Abhängigkeit Deutschlands gerät, dessen Vorherrschaft in Mittel- und Osteuropa dadurch perfekt würde. Wenn andererseits Deutschland mit der ganzen Vehemenz, die das Temperament seines Führers allen seinen politischen Handlungen zu verleihen pflegt, an seinen Forderungen gegenüber Polen festhielt, so geschah es nicht, weil die Existenz und die Grenzen Polens unvereinbar waren mit der Ehre und den Lebensrechten des Dritten Reiches (der Vertrag Hitler-Pilsudski vom Januar 1934 bewies das Gegenteil), noch weil die Danziger und die Korridor-Probleme unlösbar waren (Hitler hat selber einmal die Danziger Frage als „entgiftet" bezeichnet, und an technischen Lösungsmöglichkeiten der Korridorfrage wäre kein Mangel gewesen), noch weil es in Polen deutsche Minderheiten gab (fünf Jahre lang war es im Dritten Reich um die Beschwerden dieser Minderheiten still geworden); sondern Deutschland hat sich in dem Augenblick gegen Polen gewandt, als dieses seinen Widerstand gegen die deutsche Ostpolitik anmeldete und infolgedessen zu seiner alten Funktion zurückkehrte, im Bund mit den Westmächten eine Expansion und Hegemonie Deutschlands zu verhindern.

Im deutsch-polnischen Konflikt des Jahres 1939 erleben wir die letzte Episode des Kampfes, den Deutschland seit der Unterzeichnung des Versailler Vertrages gegen das 1919 geschaffene Staatensystem und für die Schaffung eines deutschen Mittel- und Osteuropa geführt hat. Diesem Kampf waren in den letztvergangenen Jahren grosse Erfolge beschieden; denn nach-

dem Deutschland sich gegen Westen durch die Remilitarisierung und Befestigung der Rheingrenze gesichert und sich das Zerwürfnis zwischen Italien und den Westmächten zunutze gemacht hatte, konnte es sich, Stück für Stück, Oesterreich und das Sudetenland, Böhmen und Mähren angliedern, die Slovakei gefügig machen und mit Rumänien einen Handelsvertrag abschliessen, der dieses Königreich in eine enge handelspolitische Beziehung zu Deutschland brachte. Ungarn war umso stärker an die Achsenmächte gebunden, als es ihnen die Erfüllung eines Teils seiner Revisionswünsche verdankte, und durch seine geographische Lage sowohl als auch durch die zwanzig Jahre lang ungelöst gebliebene kroatische Frage veranlasst, hatte sich Jugoslavien seit dem Anschluss Oesterreichs zu einer Politik der wohlwollenden Neutralität gegenüber Deutschland und Italien entschlossen. Die Angliederung Albaniens an Italien und die erneute Verzögerung des serbisch-kroatischen Ausgleichs konnten es in diesem Entschluss nur bestärken. Bulgarien schaut naturgemäss nach denjenigen Mächten aus, die ihm zur Revision seiner Grenzen verhelfen werden — gehörte es doch mit Ungarn und Oesterreich zu den Prügelknaben der Friedensverträge.

Auf den Trümmern dieser Verträge, auf dem Grab der Tschechoslovakei, nachdem sich der französisch-tschechische Vertrag nicht bewährt hatte, die Kleine Entente zusammengebrochen und Hitler in Prag eingezogen war, setzte jene neue Politik Englands ein, die zu dem engen Bündnis mit Polen und zu dem Garantieversprechen an Rumänien und Griechenland geführt hat. Damit begann der bekannte Vorstoss Englands auf dem Kontinent, über den der ungarische Professor Elemer Hantos im August-Heft der „Neuen Schweizer Rundschau" aufschlussreiche Einzelheiten mitgeteilt und über deren handelspolitische Auswirkungen die „Frankfurter Zeitung" eine interessante Studie veröffentlicht hat. Was England zwanzig Jahre lang wissentlich und vorsätzlich für sich abgelehnt hatte: eine wirtschaftliche Förderung der Ost- und Balkanstaaten, ein politisches Mitspracherecht in Osteuropa, ein Garantieversprechen an eine Reihe jener Staaten, ein Militärbündnis mit Polen — das hat es in den letzten fünf Monaten in fieberhafter Eile improvisiert, als eigentlich nichts mehr ausser im besten Fall

die polnische Unabhängigkeit gerettet werden konnte. Während der zwanzig Jahre aber, da Grossbritannien die östliche Hälfte des Kontinents ignorierte, verlangten seine Zeitungen Gerechtigkeit für Ungarn und Selbstbestimmung für Oesterreich und waren seine Politiker der Meinung, die Bündnisse Frankreichs mit Polen und der Tschechoslovakei unterhielten in jenen Gegenden Europas einen Zustand des Unfriedens, während die natürlichste Lösung in einer Befriedigung der deutschen Revisionswünsche in Danzig und dem Korridor und in einer deutschen Wirtschaftsexpansion im Donau- und Balkanraum bestehen würde. England hatte bis zur Zerstörung der Tschechoslowakei eine unüberwindliche Abneigung gegen die französische Ostpolitik an den Tag gelegt — um sie sich in einem Augenblick zu eigen zu machen, als die praktischen, d. h. politisch-wirtschaftlich-strategischen Möglichkeiten, einer solchen Politik zum Erfolg zu verhelfen, ziemlich gering geworden waren. Sie hatte sogar weitgehend ihren Sinn eingebüsst, nachdem ein historisches Land wie Oesterreich und eine geographische Einheit wie Böhmen untergegangen und drei slawische Völkerschaften — Tschechen, Slovaken und Karpathorussen — wieder unter deutsche, bezw. ungarische Herrschaft gekommen waren.

Auch diese Sachverhalte müssen am Vorabend der Entscheidung — sie mag ausfallen wie sie will — noch einmal in Erinnerung gerufen werden. Denn sowohl eine Kriegs- als auch eine Friedenslösung wird mit ihnen zu rechnen haben. Gibt es Krieg, dann gibt es ihn ohne Hilfe der Tschechen, der Serben, der Rumänen oder gar der Italiener, und Polen befindet sich strategisch in der Lage eines eingekreisten Staates, nachdem es das böhmische Bollwerk schleifen half und seither einen deutschen Vorstoss auch auf der Karpathenfront, aus der Slovakei, gewärtigen muss. Gibt es keinen Krieg, dann müssen die heute verbündeten Engländer, Franzosen und Polen vermutlich die bitteren Konsequenzen daraus ziehen, dass sie erst in elfter Stunde den Versuch eines Zusammengehens gemacht haben, anstatt in den Nachkriegsjahren in gemeinsamer Arbeit weitblickende Lösungen für die politische Stabilität und die wirtschaftliche Blüte der östlichen Staatenwelt gesucht und durchgesetzt zu haben.

Mit anderen Worten: in der gegenwärtigen Krise befindet sich Deutschland in einer nicht ungünstigen Ausgangsposition; der Westen und die Nordseeküste sind gegen offensive Operationen der Westmächte abgeriegelt, Polen ist von deutschem Gebiet umklammert, Mitteleuropa und der Balkan sind teils an Deutschland gebunden, teils neutralisiert, Italien ist eng verbündet. Die einzige Hoffnung der Befürworter eines Krieges gegen Deutschland beruht demnach auf der Annahme, dass das Dritte Reich einer Feuerprobe nicht standhalten würde, dass sein Militärapparat und seine Kaders ungenügend seien, dass Rivalitäten in den Führerkreisen auftreten oder die Unzufriedenheit der Bevölkerung sich Luft machen könnte, dass Deutschland nicht genug Lebensmittelvorräte und Rohstoffe besitze, dass der Vormarsch in Polen auf Terrainschwierigkeiten stossen werde, dass der Westwall Lücken aufweise, die eine Offensive der französischen Truppen ermöglichen würden — und dergleichen Hypothesen mehr. Sie sind von verschiedenem Wert und Gewicht — insbesondere über militärische Fragen masse ich mir kein Urteil an. Was die wirtschaftliche Seite des Problems betrifft, so sind zweifellos die vorhandenen Vorräte recht gross, und da die eventuellen Gegner Deutschlands in einem Krieg das gesamte Territorium des Reiches gar nicht einkreisen und blockieren können, ist für Zufuhrmöglichkeiten für längere Zeit gesorgt. Endlich ist es psychologisch unwahrscheinlich und praktisch so gut wie unmöglich, dass in den ersten Monaten eines Krieges Undisziplin, Meuterei oder Revolution im Heer und in der Bevölkerung ausbrechen könnte. Solche Erscheinungen pflegen nicht am Anfang eines Krieges aufzutreten, sondern erst nach langen Entbehrungen, Enttäuschungen, Leiden und Misserfolgen. Ausserdem kommen sie in allen Heeren und allen Ländern vor, wenn ein Krieg lange dauert — es wäre leichtsinnig anzunehmen, demokratische Staaten würden davon verschont bleiben, wenn die Soldaten erschöpft sind und in der Bevölkerung die Stimmung sich zu verschlechtern beginnt. Kein Zweifel, dass alle diese Fragen, das pro und das contra überall sorgfältig erwogen wird, ehe die grossen Entscheidungen fallen.

Das Ende der „Grossen Koalition"

Es hat sich im August 1939 gezeigt, dass nicht das Bestreben

Hitlers, England und Frankreich aus Osteuropa auszuschalten, eine Utopie war, wohl aber die Versuche Englands, gemeinsam mit Frankreich die osteuropäische Staatenwelt für eine Grosse Koalition zu gewinnen. In der Politik hat das Ereignis das letzte Wort. Mit der deutsch-russischen Verständigung sind die Diskussionen und Kontroversen über den west-östlichen Defensivpakt, bezw. über die Einkreisung Deutschlands abgeschlossen. Dieses Ereignis gibt denen recht, die der Ansicht waren, dass das alte Requisit der britischen Diplomatie — die Koalition der sich bedroht fühlenden Kontinentalstaaten — ein ungeeignetes Mittel war, um die bestehenden internationalen Probleme zu lösen. Die Koalition unter englischer Führung hatte Ludwig XIV. in Schach zu halten versucht, Napoleon I. zu Fall gebracht und Wilhelm II. den Thron gekostet. Die traditionsgebundene britische Aussenpolitik glaubte, mit diesem Schachzug auch Hitler Einhalt gebieten zu können. Sie stellte dabei die an sich durchaus richtige Rechnung auf, dass eine solche Koalition nur durch Einbeziehung Sovietrusslands ihren Zweck erfüllen könne. Polen, Rumänien, die Türkei spielten darin eine sekundäre Rolle. So wie nun einmal die Dinge in Mittel- und Osteuropa lagen, konnte die vorteilhafte Stellung, die dort das Dritte Reich einnahm, nur durch den russischen Koloss aufgewogen werden. Für die Aussenpolitik der Westmächte war das Bündnis mit Russland ein „geographischer Imperativ" — wie Emile Buré sich auszudrücken pflegte. Sie konnten ja den Polen oder Rumänen keine direkte Hilfe bringen, so dass eine solche von Russland kommen musste; ohne Russland war eine Blockierung Deutschlands im Kriegsfall auch nicht möglich. Also gingen London und Paris darauf aus, die Situation von 1914 wiederherzustellen. Das schien alles logisch und klug — und war es doch nicht. Die Welt steht nicht mehr, wo sie 1914 stand. Sovietrussland ist nicht, kann nicht ein Bündnispartner der westlichen Demokratien sein. Die mit Mühe und Zähigkeit von Lord Halifax errichtete Grosse Koalition stürzte zusammen, ehe sie unter Dach war. Stalin reichte Hitler die Hand und „der Führer", sagte Herr von Ribbentrop, als er in das Flugzeug stieg, „hatte sich für die Freundschaft mit Stalin entschieden."

Mit Staunen las die ganze Welt den Nichtangriffspakt, den

der Reichsaussenminister und der Präsident des Rates der Volkskommissäre am 23. August 1939 in Moskau unterzeichnet hatten. Artikel 4 zeigt, wie eng das Einvernehmen der beiden Regierungen ist: „Keiner der beiden vertragschliessenden Teile wird sich an einer Mächtegruppierung beteiligen, die sich mittelbar oder unmittelbar gegen den anderen Teil richtet". Den britischen und französischen Militärmissionen, die bis dahin in Moskau mit Marschall Woroschilow verhandelt hatten, wurde kurz und kühl mitgeteilt, dass diese Verhandlungen gegenstandslos geworden seien. Ihr Gegenstand hatte übrigens stets unter Unklarheit gelitten. Handelte es sich um ein Defensivbündnis? Moskau scheint aber Forderungen gestellt zu haben, die die Unabhängigkeit einiger Kleinstaaten an der Ostsee bedrohten. Wollte man eine Front der Demokratien errichten? Die Sovietunion ist aber ein revolutionärer und totalitärer Staat, der seit mehr als zwanzig Jahren in schärfstem Gegensatz zu der demokratisch-liberalen Welt des Westens steht und die Menschenrechte und bürgerlichen Freiheiten mit Füssen tritt. Ging es um die Verteidigung des status quo in Europa? Dieser status quo war aber von den Westmächten auf der Friedenskonferenz von 1919 unter Ausschluss und in schärfster Gegnerschaft zu dem Russland Lenins und Trotzkis geschaffen worden, die mitten im Weltkrieg von ihren Alliierten abgefallen waren und mit den Mittelmächten den Frieden von Brest-Litowsk geschlossen hatten. Erst 1934 liess sich der russische Aussenkommissar Litwinow herbei, mit den Westmächten zusammenzugehen und für die Erhaltung des status quo in Europa — gegen die Revisionspolitik Hitlers — einzutreten; aber als vor einigen Monaten die Verhandlungen zwischen London und Moskau begannen, war Litwinow eben von Stalin verabschiedet worden. Handelte es sich bei diesen endlosen Moskauer Verhandlungen darum, Russland für eine Hilfeleistung an Polen und Rumänien zu gewinnen, falls diese Staaten von Deutschland angegriffen würden? Das mochte in der Tat die Auffassung der Londoner und Pariser Regierungen und Generalstäbe sein — aber gleichzeitig zeigten sich Warschau und Bukarest gegen ein Militärbündnis mit Moskau gänzlich abgeneigt, da ihnen die Hilfe der Roten Armee ebenso unerwünscht war wie die Feindschaft des deutschen Heeres.

Die Moskauer Verhandlungen waren voll Unklarheit, Zweideutigkeiten und Misstrauen. Schon im April hatte Molotow in seiner Rede vor dem grossen Soviet den Wunsch nach einer Neubelebung der deutsch-russischen Handelsbeziehungen geäussert, worauf dann die Wirtschaftsverhandlungen zwischen Berlin und Moskau einsetzten. Wie aber — musste man sich damals schon fragen — kann Russland gleichzeitig seine Rohstofflieferungen an Deutschland vermehren und mit London über ein Abkommen verhandeln, das die Einkreisung oder Blockierung Deutschlands zum Zweck hat? Wie wenig entgegenkommend sich Moskau zeigte, ging auch daraus hervor, dass es an die Sitzung des Völkerbundsrates im Mai nicht den stellvertretenden Volkskommissar Potemkin entsandte und die Einladung an Marschall Woroschilow, den englischen Manövern beizuwohnen, ablehnte. Umgekehrt konnte England den Wünschen des Kreml, der offenbar freie Hand in den baltischen Staaten verlangte, nicht nachkommen, sollte nicht der „Defensivpakt" oder die „Friedensfront" in ihr Gegenteil: in ein Angriffs- und Annexionsinstrument verkehrt werden. Endlich scheinen die Engländer taube Ohren für die Sorgen gehabt zu haben, die ihre russischen Verhandlungspartner in Bezug auf Japan und dessen Vordringen im Fernen Osten äusserten.

Man fragt sich unter diesen Umständen, was eigentlich England und Frankreich in den Moskauer Verhandlungen zu bieten hatten. Schätzten sie die Furcht Russlands vor Deutschland und den ideologischen Gegensatz zwischen diesen beiden Staaten so hoch ein, dass sie eine Annäherung zwischen Hitler und Stalin für ausgeschlossen hielten? Erinnerten sie sich nicht an den Vertrag von Brest-Litowsk zwischen Ludendorff und Trotzki? An den Vertrag von Rapallo zwischen Rathenau und Tschitscherin? Schätzten sie die nie abgebrochenen Beziehungen zwischen Berlin und Moskau so gering, den Antikominternpakt zwischen Berlin und Tokio so hoch ein? Sahen sie nicht, dass Deutschland ohnehin nicht mehr grosse Hoffnungen auf den Abschluss eines Militärbündnisses mit Japan haben konnte? Dass für Russland der japanische Eroberungskrieg in China eine brennendere Sorge war als das deutsche Vordringen im europäischen Osten? Wir wissen nicht, ob und was für Rechen-

fehler von der britischen Diplomatie gemacht worden sind. Wir konstatieren nur die Bedeutung des Ereignisses, das ihrem Werben um die sovietrussische Freundschaft ein so brutales Ende bereitet hat.

Hitler und Stalin.

Was unsere Zeitgenossen am Nichtangriffspakt zwischen dem Dritten Reich und der Sovietunion am meisten erstaunt zu haben scheint, ist die Leichtigkeit, mit der die beiden Partner das Opfer ihrer bisherigen Ideologien gebracht haben. Hitler war als Antikommunist gross geworden, Stalin galt als der Führer des Antifascismus. Der Kampf der Ideologien hatte in der Nachkriegszeit und bis jetzt eine sehr grosse Rolle gespielt. Innen- und aussenpolitisch wurde mit den Parolen: für oder gegen den Bolschewismus, für oder gegen den Fascismus viel gearbeitet — und zweifellos auch viel erreicht (siehe Spanien!). Die vielen Millionen Menschen, die in allen Ländern einer der beiden politischen Glaubenslehren anhingen, hatten wenig Sinn dafür, dass die Ideologien nicht selten dazu herhalten mussten, eine imperialistische Politik zu beschönigen oder zu tarnen. In den westeuropäischen Demokratien gab es bis heute zwei Arten von Ideologen: der verschreckte Bourgeois, der hinter jeder Hausecke einen Bolschewisten wittert und in Hitler und Mussolini vor allem berufene Hüter seines Kassenschrankes erblickt; der fanatisierte Intellektuelle, der in jedem vernünftigen Menschen einen verkappten Fascisten vermutet und von Stalin das Heil der bedrohten Demokratie und des verletzten Rechtsgefühls erwartet. Diese beiden Menschenarten haben eine nicht geringe Rolle gespielt und den Harst der Mitläufer und Schwätzer gebildet, die überall die fascistische oder die antifascistische Sache unterstützten. Für beide bedeutet die neue Freundschaft zwischen Hitler und Stalin einen furchtbaren Schlag und eine ungeheure Enttäuschung. Für diejenigen aber, die in den Stürmen unseres Jahrhunderts den Sinn für politische Realitäten und die Unabhängigkeit ihres Urteils nicht ganz eingebüsst haben, kann es nicht eine Ueberraschung sein, wenn sich zwei bisher feindliche Staaten und Regimes auf der Grundlage eines gegenseitigen Dienstes, d. h. eines guten Geschäfts finden und versöhnen. Man versteht zweifellos die Handlungsweise eines Hitler und eines Stalin besser, wenn

man sie für Staatsmänner hält, deren Funktion und Beruf es ist, Politik zu machen, als wenn man in ihnen die Verkünder einer politischen Religion erblickt, deren Handlungsweise von irgendeinem Dogma bestimmt wird.

Russland ist zum grössten Teil eine asiatische Macht, die sich im Augenblick, wo das Vordringen Japans in China ihre grösste Sorge ist, glücklich schätzen muss, wenn sie in Europa von niemandem mehr bedroht wird. Für Deutschland war die Einkreisungsgefahr offenbar doch so beunruhigend geworden, dass es sich seinerseits glücklich schätzen musste, durch eine Versöhnung mit Russland den Ring sprengen zu können. Ob noch andere Gründe mitspielten, kann man nicht wissen, auch nicht, ob irgendwelche Abmachungen über die Verteilung von Interessensphären getroffen worden sind. Beiden Partnern war jedenfalls England besonders gefährlich geworden; den Deutschen durch das britisch-polnische Bündnis; den Russen durch die beginnende britisch-japanische Verständigung. Das würde schon zur Genüge erklären, warum in dem kritischen Augenblick des deutsch-polnischen Konflikts Russland Hitler aus der Verlegenheit half. Gegenüber einem Japan, das mit Deutschland verbündet gewesen wäre und dem obendrein die Engländer freie Hand in China gelassen hätten, hätte sich Russland in einer furchtbaren Lage befunden. Es ist aber erst ein Jahr her, dass schwere Kämpfe zwischen russischen und japanischen Truppen auf den Wladiwostok vorgelagerten Hügeln wüteten. Und dazu hätte Russland noch die Feindschaft Deutschlands in einem europäischen Krieg in Kauf nehmen sollen, um den Polen eine Hilfe zu bringen, die diese nicht wünschten?

Da es weder in der Weltpolitik noch in einem Weltkrieg isolierte Ereignisse gibt, mussten wir auf all diese Zusammenkünfte hinweisen. Sie werden in nächster Zeit noch eine bedeutende Rolle spielen. Es ist möglich, dass die Westmächte zwar die begonnene Partie in Osteuropa infolge des deutsch-russischen Paktes verlieren, dass aber die nicht minder wichtigen Probleme, die mit der Erhaltung ihrer Kolonialreiche zusammenhängen, infolge des deutsch-japanischen Zerwürfnisses und der spanischen Neutralitätserklärung in einem günstigeren Licht erscheinen. Es ist eine nicht unwichtige Lehre des deutsch-russischen Paktes, dass im Grunde diese beiden

grossen Völker Mittel- und Osteuropas die Schicksale der kleineren Völker des Nordostens und des Südostens lieber in der Art totalitärer und autoritärer Grossmächte unter sich regeln, anstatt ein Mitspracherecht Englands und Frankreichs in der Osthälfte unseres Kontinents anzuerkennen. In der gegenwärtigen Augustkrise hängt allerdings noch manches davon ab, wie das wirkliche, schwer zu erkennende Kräfteverhältnis zwischen den Achsenmächten und den Westmächten ist; diese haben zweifellos wirtschaftliche und militärische Trümpfe in der Hand, die sich vorteilhaft von der Lage unterscheiden, in der sie sich vor einem Jahr während der Sudetenkrise befanden.

Wir wissen nicht, wie die Welt morgen aussehen wird. Sie wird umgestaltet und umgeformt nach Gesetzen, die wir erst zu ahnen beginnen. Immer mehr bleibt nur noch ein schmales Europa westlich und südlich des Rheins übrig, wo alte Kultur, freie Geisteshaltung, gesittetes Menschentum sich einen Hort zu erhalten versuchen. Das bunte Europa von früher, die vielen Souveränitäten und Fahnen werden immer mehr durch einige Kolosse ersetzt, wie in alten Städten die malerischen Dächer und Winkel grossen Betonbauten Platz machen müssen. 300 Millionen Chinesen, 170 Millionen Russen, 90 Millionen Deutsche — das ist die Stufenleiter der Demographie, auf deren unteren Sprossen je 40 Millionen Engländer, Franzosen, Italiener anzutreffen sind. Fragen der Rohstoffverteilung, geopolitische Probleme, demographische und soziale Fragen werden den ersten Platz in den internationalen Auseinandersetzungen einnehmen. Unsere Aufgabe als Schweizer ist es, gleich wie einige andere Kleinstaaten unseren Platz und unsere Funktion in Europa zu bewahren und den angestammten Grundsätzen unseres freien Bundesstaates treu zu bleiben, ohne jedoch vor den grossen Gegenwartsfragen und -Aufgaben die Augen zu verschliessen.

P.S. Im Augenblick, wo wir das »Gut zum Druck« erteilen, kommt die Kunde vom Ausbruch des deutsch-polnischen Krieges. Diese Blätter über die August-Krise mögen ein letzter Rückblick auf die vorhergegangenen Ereignisse sein. Von nun an gibt es nur noch ein Vorwärtsschauen. Auf das pessimistische Denken folgt das optimistische Handeln. Jeder Schweizer kennt nur noch die eine Pflicht: mit unerschütterlicher Entschlossenheit für die Wahrung unserer Neutralität einzutreten und — wenn es jemals nötig sein sollte — für die Unabhängigkeit und Freiheit unseres Landes zu kämpfen. Zürich, 1. September 1939. J. R. v. S.